o Nachtrag zur Delegiertenkonferenz (W.L.)
o Bericht über die Aussprache zwischen Vertretern der Leitungen des KB Wien und der MLPÖ am 18.3.1976 (G.St.)
o Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst (A.R.).

---

o Abschließender Bericht über die Weihnachtsgeldaktion (H.W.)

o Die Leitung hat in ihrer Sitzung am 24.3. beschlossen, am 9.April in Wien ein Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung einzuleiten und durchzuführen. Zu diesem Zweck wird eine breite Aktionseinheit angestrebt. In den nächsten Tagen werden dazu alle nötigen Maßnahmen ergriffen. Zum gleichen Zeitpunkt wird am 9.4. in Klagenfurt/Celovec eine Demonstration von über 20 Organisationen durchgeführt.
Weitere Anweisungen kommen in den nächsten Tagen.

NACHTRAG ZUR DELEGIERTENKONFERENZ

Zum RS 55 ist folgendes zu ergänzen bzw. korrigieren: Es ist dort die Rede von Anträgen, die jeder Genosse an die DK stellen kann, wobei die Antragsprüfungskommision prüft, was dann in die DK gebracht wird.
Da es aber bei der DK keine Anträge geben kann, die von keinem Delegierten vertreten werden, weil das bereits im Vorjahr zu absurden Situationen geführt hat, werden wir die Sache so handhaben: Jeder Genosse hat die Möglichkeit, den Delegierten und der DK seine vom RB abweichenden Auffassungen darzulegen und es soll dies in Gestalt von "Anträgen" im Sinne des RS 55 geschehen. In die DK +gebracht+ein+ wird ein solcher "Antrag" aber nur, wenn ein Delegierter - und alle solchen "Anträge" liegen ja allen Delegierten vor - einen davon aufnimmt und ihn einbringt. Die Antragsprüfungskommission hat nur die Aufgabe, alle diese "Anträge" zu sichten und einen Überblick zu geben, der natürlich nicht gebilligt werden braucht.

Entgegen den ursprünglichen Richtlinien machen wir es doch so, daß der RB außer an die Kandidaten und Mitglieder der KBs und KGs und ihrer Massenorganisationen auch an alle diejenigen Sympathisanten ausgegeben werden kann, mit denen ein organisierter Kontakt besteht, so daß ihnen auch eventuelle ergänzende oder korrigierende Beschlüsse der DK vermittelt werden können.

W.L.
Vom St.A. gebilligt am 22.III.76

BERICHT ÜBER DIE AUSSPRACHE ZWISCHEN VERTRETERN DER LEITUNGEN DES KB WIEN UND DER MLPÖ AM 18.3.1976

Am 18.3. fand zwischen Vertretern der Leitungen des KB Wien und der MLPÖ eine Aussprache über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Bewegung in Österreich und über die wechselseitigen Beziehungen zwischen KB Wien und MLPÖ statt.

Von Seiten der MLPÖ nahmen an dieser Aussprache die Genossen Franz St. und Peter T. teil, von Seiten des KB Wien die Gen. G.St. und P.F.

Einleitend wurde von G.St. die Entwicklung der Lage in der kommunistischen Bewegung seit der Salzburger Konferenz dargelegt, die Beschlüsse der Wiener Konferenz und der Linzer Konferenz erläutert. Es wurde unser Interesse daran geäußert, ein mit der MLPÖ einen kontinuierlichen Meinungsaustausch über alle wichtigen politischen Fragen und alle Grundfragen der Bewegung zu treten, die heutige Haltung der MLPÖ zu ihren früheren Grundsatzdokumenten und wichtigeren Artikeln in der "Roten Fahne" kennenzulernen, einen Überblick über die heute aus der Sicht der MLPÖ bestehenden Differenzen und Einigkeit in den wichtigsten Fragen gegenüber den KBs und KGs sowie gegenüber der VRA zu bekommen und die Möglichkeiten zu einem gemeinsamen politischen Auftreten in bestimmten Einzelfragen zu prüfen (letzteres aus dem Grund, daß die MLPÖ auf verschiedene Aktionseinheitsangebote in den letzten Monaten nicht reagierte).

Im folgenden eine Zusammenfassung der Stellungnahme von Franz. St. zu den aufgeworfenen Fragen:

Was die Haltung der MLPÖ zur früheren MLS und dann zu den KBs betrifft:

Die MLPÖ habe nie den Anspruch gestellt, selbst bereits die Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu sein. Sie habe vor nunmehr neun Jahren den Namen der Partei angenommen, in einer Situation, in der die Lage nach der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung, das, wie in zahlreichen anderen Ländern als demonstrativen Akt der Neuformierung der marxistisch-leninistischen Kräfte nach dem Verrat der modernen Revisionisten als zweckmäßig erscheinen ließ.
Von Anfang an hätten sie ihren Namen jedoch nur verstanden als einen Anspruch, den es erst zu erfüllen gelte. Dies in einer Situation, in der es außerhalb der MLPÖ praktisch keine marxistisch-leninistischen organisierten Kräfte gegeben habe und es nicht unrealistisch erschien, die Partei durch die Ausdehnung und Verankerung der MLPÖ aufzubauen.

Gezielte Akte der Subversion von Seiten der KPÖ und die Abspaltung und organisatorische Formierung der VRA hätten jedoch der MLPÖ schon in der ersten Zeit schwere Schläge versetzt, von denen sie sich bis heute nicht mehr erholt habe.
Die MLPÖ sei daher schon bald davon ausgegangen, daß angesichts ihrer Schwäche das Entstehen von neuen marxistisch-leninistischen Organisationen außerhalb ihrer Reihen unvermeidlich sei und es ihre Aufgabe sei, diese Kräfte zu fördern und gemeinsam mit ihnen an der Aufgabe des Parteiaufbaus zu arbeiten.
Sie habe daher stets alle Bewegungen und Organisationen, die aus ihrer Sicht positive Entwicklungsmöglichkeiten zeigten, unterstützt, darunter auch die neuentstandene MLS. Zwischen MLPÖ und MLS habe es auf dieser Grundlage anfangs freundschaftliche Beziehungen gegeben, doch hätten sich beide

Organisationen dann auseinanderentwickelt. Schwankungen der MLS in der Haltung zur KPÖ und in anderen Fragen sowie die ersten Äußerungen der MLS zur Frage des Parteiaufbaus hätten dann zu einer immer stärkeren Entfremdung zwischen den Organisationen beigetragen. Die Parteiaufbaupläne der MLS und in der ersten Zeit des KB hätten bei der MLPÖ den Eindruck erwecken müssen, daß diese Bestrebungen gegen sie gerichtet seien oder zumindest auf ihre "Ausschaltung" hinausliefen.
Im letzten Jahr sei aber eine positive Wendung der Haltung des KB zur MLPÖ eingetreten und auch die politischen Ansichten des KB seien heute so, daß die MLPÖ zumindest zum gegenwärtigen Stand keine wesentlichen Differenzen mehr sehe.
Die MLPÖ sei daher auch bereit, ihren in der "Roten Fahne" einmal erhobenen Trotzkismus- und Neo-Revisionismus-Vorwurf gegenüber dem KB öffentlich zurückzunehmen.

Was die gegenwärtigen Bemühungen zur Überwindung der Zersplitterung der in den KBs und KGs organisierten Kräfte und die Gründung einer nationalen Organisation anlange, sei die MLPÖ positiv überrascht (im Einleitungsreferat) gehört zu haben, daß wir diese neue nationale Organisation noch nicht als die Partei betrachten.
Frühere Äußerungen von uns hätten diese Befürchtung bei ihnen ausgelöst. So wie wir die Sache darstellten, seien sie mit diesen Schritten ganz einverstanden und würden diese positive Entwicklung nach Kräften unterstützen.
Die MLPÖ habe auch großes Interesse daran, an der Debatte über die Vorschläge zu Programm, Statut und Politischer Hauptresolution aktiv teilzunehmen. Sie sei allerdings nicht der Ansicht, daß diese Debatte in allen Fragen unbedingt öffentlich geführt werden müßte, außer in wirklich wichtigen Fragen und bei größeren Meinungsverschiedenheiten. In den gesamten Beziehungen zwischen den Organisationen sei es von größter Bedeutung, im Meinungsaustausch und Meinungskampf wie auch in der praktischen Zusammenarbeit ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Besteht dieses Vertrauensverhältnis und gebe es in den Grundfragen Einheit, so wäre die MLPÖ derzeit bereit, sich in eine neue Organisation aufzulösen, ohne weitere Bedingungen zu stellen. Diese Einheit strebe sie an, wobei sie davon ausgehe, daß sie selbst noch in vielen wichtigen Fragen keine volle politische Klarheit habe, aber gegenwärtig keine grundlegenden politischen und ideologischen Differenzen zwischen unseren Organisationen sehe.

Beim Kampf um die Einheit sei es wichtig, die großen Grundsatzfragen in den Vordergrund zu stellen und nicht wegen Differenzen in Detail- oder Formulierungsfragen die Herstellung der Einheit aufs Spiel zu setzen. Dies sei vor allem auch in der Debatte ums Programm von größter Bedeutung.

Was das Verhältnis der MLPÖ zur VRA betrifft,

sei die MLPÖ der Auffassung, daß die Abspaltung der VRA nicht auf der Grundlage einer politischen Auseinandersetzung und offener politischer Differenzen erfolgt sei, sondern auf

Grundlage persönlicher Differenzen, Karrierismus und ähnlicher Erscheinungen und unter Einfluß von Sabotagebestrebungen der KPÖ. Seither sei jedoch eine immer offensichtlichere politisch-ideologische Auseinanderentwicklung erfolgt. Heute seien es nicht mehr die Vorgänge von damals, die MLPÖ und VRA trennen, sondern in 1.Linie schwerwiegende politisch-ideologische Differenzen. Bei der Auseinadersetzung mit der VRA werde die MLPÖ dementsprechend auch nicht mehr die Vorgänge von damals in den Vordergrund stellen, sondern die politischen Streitfragen. Scharfe Differenzen bestünden heute in einer Reihe von grundlegenden Fragen, beispielsweise in der Gewerkschaftsfrage und in der Frage der Haltung gegenüber der Kriegsgefahr, wie überhaupt in den internationalen Fragen, wo die VRA "chinesischer als die Chinesen" sein wolle.

Aus der damaligen Auseinandersetzung sei von Seiten der MLPÖ aber ein großes Mißtrauen gegenüber den hauptbeteiligten Personen geblieben, von denen sie der Meinung ist, daß mit ihnen persönlich keine Vereinigung möglich sein wird. Diese bedeute jedoch nicht, daß die MLPÖ dem KB irgendwelche Auflagen bezüglich seiner Beziehungen mit der VRA machen wolle. Sie sei ebenfalls der Meinung, daß es auch in der VRA durchaus Kräfte geben könne, mit denen eine Vereinigung einmal möglich sein werde.

Was die Stellung der MLPÖ zu ihren früheren Grundsatzdokumenten betrifft,

hielten ihre Vertreter fest, daß diese Dokumente den Stempel der damaligen Zeit und Bedingungen tragen und heute für die MLPÖ vorwiegend historischen Charakter haben und als überholt angesehen werden. Dem ins Auge gefaßten Parteitag im nächsten Jahr anläßlich des 10-jährigen Bestehens der MLPÖ würden eventuelle neue programmatische Dokumente vorgeschlagen werden. Seit den Gründungsdokumenten sei ein solcher Versuch nicht mehr gemacht worden, wenn es auch zu einzelnen Fragen gewisse Vorarbeiten gegeben habe. Dabei sei die MLPÖ aber auf große Probleme gestoßen, die nicht gelöst werden konnten. Als Beispiel dafür wurde die nationale Frage und in diesem Zusammenhang die Südtirolfrage genannt.

Im Herbst dieses Jahres sei ein Sammelband mit den wichtigeren Artikeln der bisherigen Jahrgänge der "Roten Fahne" geplant, der uns auch die Auseinandersetzung mit ihren Positionen erleichtern würde.

Anschließend legte Gen.F.St. kurz dar, wie sich die internationalen Beziehungen der MLPÖ entwickelt haben. Dabei standen die Beziehungen der KPD/ML im Mittelpunkt. Diese Beziehungen seien schon seit 1972 laufend gespannter geworden und letztes Jahr überhaupt abgebrochen worden. Am Beginn standen Differenzen in der Frage, ob Österreich eine eigene Nation sei, oder, wie die KPD/ML vertrat, ein einheitlicher Staat der gesamten "deutschen Nation" anzustreben sei, der - wenn auch erst nach der Revolution verwirklichbar - heute schon propagiert werden müsse. Es soll in der KPD/ML sogar eine "Sektion Ostmark" auf der Grundlage dieser Ideen gegeben

haben oder geben, wobei sich die KPD/ML auf Positionen der KPD und Thälmanns bezieht. Die Differenzen in dieser Frage hätten sich laufend verschärft. Als die KPD/ML in der Frage der Kriegsgefahr eine offen chauvinistische Linie einschlug, sei es zum endgültigen Bruch zwischen MLPÖ und KPD/ML gekommen. Die MLPÖ schätzt auch die kürzlich vorgenommene Korrektur der KPD/ML in dieser Frage als zweifelhaft ein, da zugleich immer noch die alten falschen Positionen als "auch richtig" bezeichnet würden und auch z.T. noch vertreten würden.

Die Auseinandersetzung und der Bruch mit der KPD/ML habe zu einer intensiveren Beschäftigung der MLPÖ mit der Entwicklung in Deutschland geführt, wobei sie in wichtigen Fragen eine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Positionen des KBW festgestellt hätten. Dies sei sicherlich auch ein günstiger Faktor für die Annäherung unserer Organisationen gewesen.

Bezüglich des Fernbleibens der MLPÖ von unseren bisherigen Aktionseinheitsangeboten

stellten die Genossen der MLPÖ fest, daß dies Bedenken und Unklarheiten der MLPÖ in Fragen der Aktionseinheitspolitik als Ursache gehabt habe. Die MLPÖ befürchte, daß Aktionseinheiten in solchen Fragen wie etwa der Abtreibungsfrage mit revisionistischen und trotzkistischen Organisationen dazu beitragen könnten, diese schädlichen Organisationen "aufzuwerten" und "populär zu machen", und den Kampf gegen sie erschweren würde, weil den Massen schwer verständlich gemacht werden könne, wieso man auf der einen Seite mit diesen Kräften zusammenarbeite, auf der anderen Seite sie aber bekämpfe. Die MLPÖ habe aber noch keinen festen Standpunkt in dieser Frage und wäre an einer Diskussion darüber mit uns interessiert.

Im Anschluß an diese Erklärungen wurde zwischen den Vertretern von MLPÖ und KB vereinbart, daß in Hinkunft die Beziehungen zwischen beiden Organisationen regularisiert werden sollten und eine intensivere Auseinandersetzung mit ihren jeweiligen Auffassungen in beiden Organisationen gefördert werden solle. In kürzeren Abständen sollten Aussprachen zwischen beiden Organisationen stattfinden, um die Beziehungen zu entwickeln und zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses beizutragen.
Als erste solche Aussprache wurde vereinbart, daß nach Veröffentlichung der Entwürfe von Programm und Statut sowie der Verabschiedung des Rechenschaftsberichts des KB jeweils Treffen stattfinden sollten, bei denen die betreffenden Fragen diskutiert und auf der Grundlage dieser Diskussion in jedem Fall festgelegt werden sollte, welche Fragen und Streitpunkte in den Organen der Organisationen veröffentlicht bzw. organisationsöffentlich behandelt werden sollten.

G.St. 19.3.76

GEHALTSVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Der folgende Beitrag wurde von den Genossinen E.V. und L.M. (Spital) verfaßt und von mir geringfügig geändert.

Der Beitrag beruht auf den Diskussionen bei 2 Treffen von Genossen aus verschiedenen Bereichen des Öff.Dienstes. Er kann sich noch nicht auf spezielle Festlegungen der KB-Leitung stützen, er ist insbesondere zur Ankurbelung der Debatte im KB und den Massenorganisationen gedacht.

Bei den 2 Besprechungen wurde - kurz zusammengefaßt - folgendes fesgestellt:

1. Bei den Genossen im Öff.Dienst gibt es sowohl einen Mangel an Informationen über das ausgelaufene Abkommen, den derzeitigen Verhandlungsstand usw. als auch große Unklarheiten über das, was sie jetzt an den einzelnen Dienststellen machen sollen, welche Aktionen sie vorschlagen sollen usw.

2. Die Situation in den einzelnen Bereichen (z.B.Lehrer, Postler usw.) ist verschieden, weiters ist sie verschieden von Dienststelle zu Dienststelle. Unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen (wozu auch die besonderen subjektiven Erfahrungen, z.B. frühere Aktionen gehören) ist es aber richtig und notwendig, daß alle Genossen bzw. Einheiten in den nächsten Monaten die Gehaltsverhandlungen als einen der wichtigsten Punkte in ihrer Politik ansehen.

3. Darf das zu keiner beschränkten Sichtweise führen. Sie müssen die Grundlagen für das Auftreten zu den Gehaltsverhandlungen selbst (wofür der folgende Beitrag ein Vorschlag ist) Rechnung tragen, indem sie von der Gesamtheit der Politik der Bourgeoisie gegen die öff.Bediensteten und ihrem Hintergrund (Finanzkrise) ausgehen und das von der Regierung angestrebte neue Gehaltsabkommen nur als einen ersten Schritt sehen.
Beiträge über die konkreten Pläne des Staates gegen die Bediensteten aus den einzelnen Bereichen sind deshalb unbedingt notwendig.

4. Die Erfahrungen aus der Politik des KB in den Metallarbeiter-KV-Verhandlungen müssen wirklich angewandt und verarbeitet (nicht schematisch übertragen) werden.

A.R.

1. DIE ALLGEMEINE SITUATION, IN DER DIESE VERHANDLUNGEN STATTFINDEN

Die allgemeine Lage ist durch die Vertiefung der kapitalistischen Wirtschaftskrise geprägt. Der Ausweg, den die Kapitalisten aus der Krise suchen, ist die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Dieses Vorgehen zeigte sich bei allen Lohnabschlüssen im letzten Jahr, die die empfindlichen Reallohnverluste in den KV-Verträgen verankerten und damit

gleichzeitig für die Kapitalisten bessere Bedingungen für die Steigerung der Arbeitshetze brachten. Für unser Vorgehen bei den Gehaltsverhandlungen im Öff.Dienst ist es notwendig, festzustellen, wie sich diese allgemeinen Bedingungen auf unsere besondere Situation auswirken. 2 Punkte sind hier von Bedeutung:

a) die Lage und die Maßnahmen des bürgerl.Staates
b) die Subjektiven Kampfbedingungen

a)
Die kapitalistische Wirtschaftskrise ist von einer schweren Finanzkrise des bürgerlichen Staates begleitet. Im RB 1976, (S.22) heißt es dazu: "Auf der Grundlage der allgemeinen Überproduktionskrise hat sich die Finanzkrise des Staates laufend verschärft. Bedingt durch das Nachlassen bzw. die Stagnation der Wirtschaftstätigkeit können die Einnahmen des Staates bei gegebenem Steuersystem mit den Ausgaben nicht Schritt halten und nehmen zum Teil sogar ab. Letzteres trifft insbesondere auf die Steuern zu, die die Kapitalisten aus ihren Gewinnen zahlen müssen. Gleichzeitig nehmen aber die Kosten des aufgeblähten parasitären Staatsapparates nicht ab, sondern galoppieren weiter. Mit der Krise entsteht eine Inflation von Ansprüchen der Kapitalisten an den Staat, Maßnahmen zur Hebung ihrer Profite zu treffen. Unter dem Diktat des Finanzkapitals intensiviert der Staat seine Eingriffe in die Wirtschaft, um dieser über staatliche Aufträge Absatz für seine Waren zu+schaffen+ver4, um seine Gewinne durch Steuernachlässe und Subversionen direkt zu erhöhen, um durch diese und diverse andere Maßnahmen, insbesondere aber durch die entschiedene Unterstützung von Rationalisierungsplänen und die großzügige Exportförderung die Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Monopolkapitals zu stärken. Mittels des Staatshaushalts, mit verschiedenen "Konjunkturbelebungsprogrammen" werden dem Finanzkapital Milliarden in den Rachen geworfen. Im Jänner 1976 erst wurden Steuererleichterungen im Ausmaß von 6 Mrd. S zugunsten der Kapitalisten beschlossen (Streichung der Investitionssteuer, 50%ige vorzeitige Abschreibung für Bauinvestitionen); außerdem wurde die staatliche Subventionierung von Krediten zugunsten der Exporte ausgedehnt und zusätzliche Aufträge in Milliardenhöhe vergeben.

Ein Ausdruck der Finanzkrise des Staates ist das Haushaltsdefizit, das sprunghaft angestiegen ist. Das Haushaltsdefizit ist nicht zuletzt eine Folge der direkten Indienstnahme des Staates durch das Finanzkapital. In der Folge ermöglicht es dem Finanzkapital, seine Kontrolle über den Staat zu verstärken und wird zu einer zusätzlichen Quelle seiner Bereicherung. 1976 macht der Staatsschuldendienst mindestens schon 23 Mrd. S aus, fast die Hälfte davon sind Zinszahlungen an das in- und ausländische Finanzkapital.

Den Ausweg aus der xxx Finanzkrise des Staates sucht die Bourgeoisie - neben Rationalisierungen und Lohnraub auf Kosten der Masse xxx kleiner Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst - in erster Linie in einer maßlosen und unverschämten Steigerung der Ausplünderung des Volkes. Die Regierungstätigkeit konzentriert sich auf das Erfinden neuer Massensteuern und die Erhöhung alter Steuern, Tarife und Gebühren. Während die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern abnehmen oder stagnieren, soll - mit wechselnden lügenhaften Begründungen -

immer mehr aus den Volksmassen herausgeholt werden.
Der Angriff auf die Gehälter der Masse der Öffentlich Bediensteten ist Ausdruck der Sparpolitik des Staates, die durch seine Unterstützung der Kapitalisten notwendig wird und mit seinen Maßnahmen zur Einsparung in jenen Bereichen, die für das Volk von Nutzen sind (Gesundheitswesen, Unterricht, Zuschüsse zu den Versicherungen...) in engem Zusammenhang steht (siehe dazu Klaka 1/76 und 2/76).

Der Zweck des Lohnraubs besteht nicht nur darin, unmittelbar ein paar Milliarden einzusparen, sondern dient vor allem auch dazu, für den Staat bessere Bedingungen zur Durchsetzung seiner Rationalisierungsvorhaben zu schaffen. Je niedriger die Grundgehälter sind, umso eher sind Mehrleistungen durchzusetzen, umso leichter sind Dienstposten einzusparen.

Schritte in Richtung Rationalisierung wurden bereits Anfang der 70er Jahre gesetzt: Gründung der Verwaltungsakademie, deren Aufgabe in der Ausarbeitung von Rationalisierungskonzepten besteht; Verabschiedung der 24.Gehaltgesetznovelle, in der Neuregelungen zur Abgeltung von Mehrleistungen festgelegt sind (siehe Dienstpragmatik und Gew.Jahrbuch).
Probeweise Einführung der Gleitzeit an manchen Dienststellen (Öff.Bed. 1/75)
Die Novelle der Besoldungsordnung soll ebenfalls der Rationalisierung dienen, sie soll funktions- und leistungsorient sein; "Trotzgrundsätzlicher Beibehaltung des Prinzips der Vor- und Ausbildung für die Laufbahnen des öff.Dienstes soll künftig der tatsächlichen Verwendung von Bediensteten und deren Leistungserfolg größere Bedeutung für ihredienst- und besoldungsrechtliche Stellung beigemessen werden." (Regierungserklärung Nov.75, zit. nach Öff.Bed. 12/75)
In der Regierungserklärung der SP heißt es:"Eingedenk des Gebotes der Sparsamkeit wird die Zahl der Öff.Bed. rigoros dem Bedarf der Allgemeinheit an öffentlichen Diensten anzupassen sein. Wo durch neue Aufgabenstellungen der Einsatz zusätzlicher kräfte notwendig wird, ist dafür durch Einsaprungen in anderen Bereichen ein Ausgleich zu suchen." Was darunter zu verstehen ist, sieht man schon an der Dienstpostenentwicklung von 1970-75: Es ergab sich eine überdurchschnittliche Vermehrung der Dienstposten in den Zentralstellungen. Während im gesamten öff.Dienst die Zahl der Posten um 4,8% stieg, stieg sie in den Zentralstellen um 11,1%. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 13.354 neue Dienstposten eingerichtet, davon 11.249 im Bereich Unterricht und Wissenschaft, 4520 bei Post und Te., 700 bei der Sicherheitswache, dafür wurde die Zahl der ÖBB-Posten um 3300 gesenkt. Im Jahr 1976 soll die Zahl der Dienstposten konstant bleiben, nur die Sicherheitswache wird um 455 erhöht, bei der ÖBB sollen 200 pragmatisierte Posten wegfallen und dafür 200 VB eingerichtet werden (Kein Kündigungsschutz!). Ablesen läßt sich daraus, daß der Unterdrückungsapparat kräftig ausgebaut wird und bei den Bereichen die dem Volk nützen nur das allernotwendigste aufgenommen wird (z.B.Lehrer in den letzten 5 Jahren).
Wie die Rationalisierungsmaßnahmen in den einzelnen Bereichen ausschauen, müßte von den betroffenen Genossen selbst festgestellt und zur Verfügung gestellt werden (z.B. Artikel im Klaka 8/75 zu Post und ÖBB).

b) Die Kampfbedingungen sind durch die steigende ARbeitslosigkeit schwieriger geworden, die die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen verschärft. Die Angst um den Arbeitsplatz wirkt sich auch im Öff.Dienst aus: Man ist froh, einen "sicheren" Arbeitsplatz zu haben und nimmt dafür auch schlechtere Bedingungen in Kauf.
Bei den gegenwärtigen Gehaltsverhandlungen spielt die Tatsache eine bedeutende Rolle, daß schon KV-Abschlüsse in einigen wichtigen Branchen mit Lohnraubabschlüssen endeten, sodaß sich viele jetzt damit abgefunden haben, weil sie sich nicht vorstellen können, daß die Öff.Bediensteten mehr erreichen können. Auch wirkt auf dem Boden dieser Abschlüsse das Argument der Gewerkschaftsführung, daß "die Beamten nicht mehr als die anderen verlangen können" inRichtung Lohnraub.
Die Kapitulationspoltik der Gewerkschaftsführung erschwert natürlich auch die Bedingungen für den Zusammenschluß der Öff. Bed. gegen die Angriffe der Regierung (siehe dazu Punkt 2).

2. Politk der Gewerkschaftsführung und was wir dazu zu sagen haben

Die ersten Verhandlungen zwischen den Gewerkshaftsführungen des Öffentlichen Dienstes und der Regierung hatten bereits im Juni 75 begonnen. Während des Nationalratswahlkampfes wurden sie aufs Eis gelegt (wegen des schlechten Verhandlungsklimas), anschließend kam es in der Zeit der Personalvertretungswahlen der Öff.Bediensteten zu Unstimmigkeiten zwischen der schwarzgeführten Gewerkschaft der Öff.Bediensteten und den SP geführten Gewerkschaften Post, Eisenbahn und Gemeindebedienstete hinsichtlich der Forderungen für die nächsten Gehaltserhöhungen. Erst am 2.2.76 einigte sich der Verhandlungsausschuß der 4 Gewerkschaften des Öff.Dienstes auf ein gemeinsames Vorgehen : "Kein Reallohnverlust, niedrige Bezüge sollen stärker angehoben werden asl höhere, Bezugserhöhung am 1.7.76, die folgende am 1.7.77, Spartenprobleme sollen gelöst werden." (Der öffentlich Bedienstete 3/76)
Am 3.3.76 fanden auf dieser Basis Verhandlungen zwischen den 4 Gewerkschaften und der Regierung statt:

Forderungen der Gewerkschaft:

1) nächste generelle Bezugserhöhung am 1.7.76
2) Gehälter bis zu 9953.- sollen um 12% erhöht werden (Dienstklasse 5 Gehaltsstufe 2), darüber soll die Erhöhung zwischen 11% und 9% liegen.
3) Verwaltungszulage auf Lehrbesoldung und Pensionisten der der Besoldungsgruppe 1 und 3 ausgedehnt (AHS Information 5.3.76).

Die Gehaltserhöhung kostet der Regierung 2,5 mrd. für 1976 plus 2 Mrd. für Spartenwünsche. (In dem 1,25 Mrd.Angebot von Androsch sind die Spartenwünsche schon eingeschlossen) (AZ 4.3.)

Die Vorschläge der Regierung wurden von den Gewerkschaften als unannehmbar abgelehnt. Am 15.3. tagte ein Unterausschuß unter dem Vorsitz von Lausecker. Hier ging es laut Kurier vom 16.3. nicht um die Höhe der Gehaltssteigerung, sondern um ihre Verteilung auf die Beamtengruppen. Pro Jahr machen die Gewerkschaftsforderungen ca.8 Mrd. aus, die Regierung bietet 5 Mrd.

Grundsätzlich sind sich Regierung und Gewerkschaft einig, daß "die niedrigen, die kleinen Einkommen stärker steigen sollen als die höheren" (Lausecker).
Die nächste Vollsitzung findet am 30.3.76 statt.

Die Grundlage der Haltung der Gewerkschaftsführung bei den Gehaltsverhandlungen ist eine "verantwortungsbewußte Lohnpolitik": "Die österreichischen Gewerkschaften sind bereit, ihren Teil zur Überwindung der Durststrecke bis zum nächsten wirtschaftlichen Aufschwung beizutragen! Durch eine verantwortungsbewußte Lohnpolitik, die weder die Konkurrenzfähigkeit der österr.Wirtschaft schmälert, noch die Massenkaufkraft und damit die Nachfrage nach Konsumgütern schwächt." (Der Gemeindebedienstete Feb.76).
Nachdem diese beiden Ziele im Kapitalismus unvereinbar sind, weil die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft nur durch die Verringerung der Lohnkosten verbessert werden kann, fällt in der Praxis der Gewerkschaftspolitik die 'Erhaltung der Massenkaufkraft' (sprich: Die Verhinderung einer Reallohnsenkung) unter den Tisch, das haben auch die letzten Lohnrunden deutlich gezeigt. Eine Politik, die von den Interessen der Wirtschaft, also der Kapitalisten, die ja diese Wirtschaft kontrollieren, ausgeht, führt zwangsläufig zu einem Verrat an den interessen der Werktätigen. Wer davon ausgeht, daß der Staat die Gelder,über die er verfügt, der Wirtschaft zufließen lassen muß, der muß konsequenterweise auch für geringe Gehaltserhöhungen im Öffentl.Dienst eintreten, damit der Staat die Wirtschaft verstärkt unterstützen kann.
Diese Haltung der Gewerkschaftsführung ist die Grundlage der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung, die sich in ihrem Forderungsprogramm ausdrückt:

- Seit 1.1.76 hätte die Gewerkschaftsführung die Möglichkeit gehabt, die Abrechnung des letzten Gehaltsabkommens, bzw. eine Gehaltserhöhung zu verlangen, weil mit diesem Tag das Stillhalteabkommen ausgelaufen ist.
Im letzten Gehaltsabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaft vom September 71 war festgelegt worden, daß die "Abrechnung der ab 1.7.75 gebührenden Vorleistung Verhandlungen der Vertragspartner überlassen" bleiben (Der Öff.Bed. 11/75). Die letzte Gehaltserhöhung vom Juli 75 beinhaltete die Teuerungsabgeltung vom Zeitraum Okt.73 bis Sept.74. Für den Zeitraum von Sept.74 bis 75 erhielten wir bisher lediglich eine Vorleistung von 2,5%. Die Abrechnung der tatsächlichen Teuerung seit Sept.74 ist noch ausständig. Nachdem über die Form nichts im letzten Abkommen festgelegt worden war, hätte die Abrechnung verschiedene Formen annehmen können:
Entweder eine generelle Gehaltserhöhung um die Indexsteigerung minus der Vorleistung (=bis Okt.75, 6,9%, bis Dez.75 ca.8,6%), oder eine einmalige Abrechnung in Form einer einmaligen Auszahlung (bis Dez.75 hätte das bei einem Gehalt von 9000.- ca. 7000.- ausgemacht). Die Gewerkschaftsführung hat die Verhandlungen gleich mit einem totalen Verzicht auf diese Abrechnung begonnen, kein Wort davon in ihrem Forderungspaket, obwohl sie darauf bestehen könnte, obwohl man annehmen kann, daß auch der mittlere Funktionärskader noch sehr lang damit gerechnet und argumentiert hat.
Eine Politik, die von den Interessen der Bediensteten ausgeht, hätte auf die Abrechnung bestehen müssen.

- Derzeit besteht die Gewerkschaftsführung noch auf eine Gehaltserhöhung am 1.7.76. Das ist zu begrüßen. Dennoch ~~xxixg~~ birgt die sich dahinziehende Verhandlungsführung die Gefahr in sich, den Termin der Erhöhung hinauszuzögern und auf Okt. zu verschieben. Wichtig und richtig ist eine rasche und straffe Verhandlungsführung, damit der Julitermin eingehalten werden kann.

- Bisher ist von einer 2jährigen Laufzeit des Abkommens die Rede, wobei nur für die erste Etappe eine Erhöhung jetzt ausgehandelt wird, für die 2.Etappe "rechtzeitig Verhandlungen zugesagt werden sollen.
Eine 2jährige Laufzeit, wobei nur fürs erste Jahr eine Erhöhung festgesetzt ist, ist für die Bediensteten indiskutabel, weil damit der Regierung fürs nächste Jahr ein Blankoscheck ausgestellt ist, den Bediensteten aber die Hände durch das Abkommen gebunden sind.
Selbst aber wenn für beide Jahre jetzt schon die Erhöhungen festgelegt würden, wäre eine 2jährige Laufzeit abzulehnen: Die wirtschaftliche und politische Situation ändert sich rasch, die Gehälter müssen jährlich an die Inflation angepaßt werden können und zur Debatte stehen. Dehalb ist es richtig, für eine einjährige Laufzeit einzutreten.

- Die Gewerkschaftsführung stellt eine gestaffelte Prozentforderung. Diese Forderung bringt für jeden Gehalt eine andere Erhöhung, jeder bekommt etwas anderes, ein gemeinsames Vorgehen wird erschwert.
Richtig wäre ein~~x~~ einheitlicher Schillingbetrag für alle, wobei die Höhe von 2 Überlegungen bestimmt sein sollte: Erstens keine Senkung des Lebensniveaus, zweitens muß die Erhöhung so hoch sein, daß die Kollegen nicht noch mehr als bisher aus finanziellen Gründen zu Überstunden gezwungen sind und auch andern Rationalisierungsmaßnahmen eher entgegentreten können.

- Erst nach den Verhandlungen mit der Regierung vom 3.3. hat die Gewerkschaftsführung ihre Forderungen den Mitgliedern bekanntgegeben. Vorher gab es nur Grundsätze, keine klaren Forderungen. Bei so einer Vorgangsweise ist es von vornherein sehr erschwert, die Kraft der 600 000 Mitglieder der 4 Gewerkschaften einzusetzen für eine ordentliche Gehaltserhöhung. Durch die Vorgangsweise der Gewerkschaftsführung wird sogar jede Initiative der Mitglieder gelähmt.
Deshalb sind wir für eine offene und allgemeinverständliche Verhandlungsführung.
Wichtig ist es auch, daß jedes Abkommen und jeder Vertrag mit der Regierung für jedes Mitglied zugänglich ist.

- Immer häufiger machen Kollegen aus dem öffentliche Dienst die Erfahrung, daß das Dienstrecht ein Mittel zur Einschränkung und Einschüchterung der Kollegen ist (Dienstverschwiegenheit, d.h. man darf die Mißstände am Arbeitsplatz nicht an die Öffentlichkeit bringen, Drohung mit Disziplinarverfahren, Untersagung von politischerBetätigung am Arbeitsplatz.)
Aus der Angst vor der Anwendung des Dienstrechtes gegen sie, überlegen sich viele Kollegen, ob sie z.B.unterschreiben sollen, wenn Unterschriften gesammelt werden. Es ist daher notwendig, ~~xxxxxx~~ bei unserem Auftreten zu den Gehaltsverhandlungen auch gegen die besondere Unterdrückung im Öff.Dienst

aufzutreten. Äußerst günstig ist es daher, wenn bei Unterschriftensammlungen für Forderungen zum Gehaltsabkommen auch die Gegnerschaft zum Öff.Dienstrecht in die Resolution in die Resolution aufgenommen wird, weil dadurch eine gute Voraussetzung für die gemeinsame Gegenwehr gegen etwaige Sanktionen geschaffen und das von den Kollegen oft auch sogesehen wird.

3. Unser Auftreten

Eine große Gefahr in unserer politischen Arbeit war bis jetzt häufig, daß wir zu bestimmten aktuellen Fragen nur "punktuell" aufgetreten sind. Wir haben die Einzelfrage aus ihrem Zusammenhang gerissen, sie isoliert und nicht in ihrer gesamten politischen Bedeutung betrachtet. So eine Haltung wurde etwa von einigen Genossen anläßlich der letzten Tarifdemonstration eingenommen, wo gesagt wurde: Eine Demonstration hat keinen Sinn, weil sie keine Zusammenfassung der Empörung bringt und man die Leute nicht in den Kampf führen kann, wenn wir die Tariferhöhungen zum gegebenen Zeitpunkt nicht zu Fall bringen können.
So eine Haltung kam auch in der Arbeit des Spitalskollektivs zum Ausdruck, als wir aus der Einschätzung der Lage, daß noch keine Kämpfe unmittelbar auf der Tagesordnung stehen folgerten, daß es notwendig sei "reine Propaganda und aufklärung zu betreiben".
Und auch jetzt beim Auftreten zu den Gehaltsverhandlungen wird von vielen Genossen zuerst einmal die Frage gestellt: Kann man einen kampf organisieren oder kann man nur Propaganda machen?
Diese Frage beinhaltet eine falsche Gegenüberstellung von "organisieren des Kampfes" und "Propagandamachen". Unser Ziel ist es, in allen Fragen, ind denen die Massen in Widerspruch zu der herrschenden Klasse geraten, den Unmut und die Empörung durch eine gute ~~Rxx~~ Propaganda zu schüren, die Bedingungen dafür zu verbessern, daß es zu offenen Auseinandersetzung kommen kann. Eine richtige und gute Propaganda kann nicht von dem Ziel, den Kampf zu organisieren, losgelöst werden und "nur aufklären über die Verhältnisse". Sie muß klarmachen, daß diese Verhältnisse zu ändern sind durch die Organisierung der Massen. Sie muß die Bedingungen zeigen, die zum gegebenen Zeitpunkt für eine Organisierung vorhanden sind und auch Schritte in Richtung Organisierung angeben.
Bei den jetzigen Gehaltsverhandlungen sollten wir davon ausgehen: Unser Ziel ist eine Kampffront gegen die Regierung aufzubauen, um ihren Angriffen auf die Lebenlage auf die Öff.Bediensteten entgegen zu wirken. Die jetzigen Verhandlungen sind ein Punkt des Widerspruchs zwischen Regierung und Öff. Bediensteten. Heute sind die Bedingungen nicht so, daß es rasch zu einer offenen, den gesamten Organisationsbereich der 4 Gewerkschaften umfassenden Auseinandersetzung kommen kann. Wir können aber die Bedingungen dafür verbessern, wenn wir heute entsprechend den aktuellen Bedingungen Schritte zum Zusammenschluß der Kollegen vorschlagen und versuchen, sie auf unseren Dienststellen auch zu vollziehen. Wenn wir jetzt eine gute und richtige Politik machen, können wir Kollegen in die aktive Arbeit hineinziehen. Das erfolgreiche Auftreten ist ein Schritt in die Richtung: Offene, immer breitere Konfrontation mit dem Staat.

Die Möglichkeiten für unser Eingreifen sind diesmal noch nicht sehr groß: Unsere Genossen arbeiten nur in wenigen Bereichen des Öff.Dienstes und sind zum Teil unter den Kollegen kaum bekannt und verankert. Dennoch ist es unsere Aufgabe, entsprechend unseren Möglichkeiten, die Kollegen zu organisieren. Dabei kommt es darauf an, Klarheit über die Maßnahmen und Ziele des Staates und die Bedingungen für den Kampf dagegen zu schaffen. Wir müssen zeigen, daß nur die Einheit der Kollegen einen Lohnraubabschluß verhindern kann und daß es notwendig ist, gegen die Politik der Gewerkschaftsführung aufzutreten, die der Herstellung der Einheit im Weg steht. Der Schwerpunkt unserer Argumente soll darauf gerichtet sein,daß die Kollegen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müssen, selbst in der Gewerkschaft aktiv werden müssen um die Politik der Gewerkschaftsführung zu ändern, daß jetzt wichtige Erfahrungen gesammelt und erste Schritte gesetzt werden können, auch wenn beim jetzigen Stand der Dinge eine entscheidende Änderung der ÖGB-Politik nicht mehr zu erwarten ist.

Häufig taucht die Frage auf: Sollen wir "unsere" Forderungen (lineare Erhöhung...) propagieren oder sollen wir nicht sagen: Die Gewerkschaftsführung darf nicht weiter zurückxxxxxxxxxx-weichen.

Diese Überlegung geht davon aus, daß es notwendig ist, dem Rückzug der Gewerkschftsführung entgegenzuwirken und daß die Herstellung einer Kampffront, die den Rückzug stoppen soll sicher nicht unter der Forderung: Ausreichende lineare Lohnerhöhung, die die Teuerung wirklich abgilt, stehen kann, weil es eben zum gegebenen Zeitpunkt nicht mehr möglich sein kann, eine Einheit der Kollegen dafür herzustellen. Eine Forderung, die den Rückzug der ÖGB-Führung aufhalten kann, können wir nicht erfinden, sondern die muß sich herausstellen in der konkreten xxx Bewegung der Öff.Bediensteten. Da wir nur über einen geringen Einfluß verfügen, können wir auch jetzt nicht abschätzen, wo eine solche Forderung liegen könnte (z.B. mindestens 10% oder Beharren auf der TEuerungsabgeltung...). Unsere Aufgabe ist es jetzt an unseren Dienststellen Protestschritte zu organisieren und gerade durch unser Eingreifen und unsere Arbeit festzustellen, wie eine aktuelle Kampflosung lauten müßte und gleichzeitig darauf zu achten, was sich an Dienststellen, wo wir nicht arbeiten, tut.

Wir sollten nicht auf eine Propagierung richtiger Forderungen verzichten. Sie können zwar kein unmittelbares Kampfziel in der gegenwärtigen Situation sein, aber sie sind unentbehrlich, wenn wir die Kollegen wirklich für den Aufbau einer Kampffront gegen die Maßnahmen der Regierung gewinnen wollen. Was wir jetzt organisieren können, sind Protestresolutionen oder Versammlungen, die sich gegen die Maßnahmen der Regierung richten, die Politik der ÖGB-Führung kritisieren und auf möglichst klarer Grundlage eine möglichst breite Einheit der Kollegen an den einzelnen Dienststellen herstellen sollen. Es ist sicher eine bessere Erfahrung für die Kollegen, wenn in einer Protestresolution auch positiv festgestellt wird, wie eine richtige Gewerkschaftspolitik aussehen müßte. Wir werden aber sicher nicht gegen Proteste auftreten, wenn sie "nur" Kritik enthalten, sondern auch solche Schritte entschieden unterstützen und das Richtige daran (den Zusammenschluß der Kollegen gegen Regierung und ÖGB-Führung) hervorheben.

Abschließender Bericht über die Weihnachtsgeldaktion

Da bis Ende Februar noch verspätete Zahlungen aus dieser Aktion eingingen, liegt der Bericht erst heute vor. Folgende Eingänge sind belegmäßigausgewiesen:

KB Wien:

Leitung	15.7oo.-
Eumig	15.250.-
Ottakring	9.3oo.-
Spitäler	5.700.-
Kapsch	5.150.-
Horny	4.900.-
Redaktion	3.ooo.-
Zelle in der VUV	1.500.-
Waagner-Biro	1.500.-
Elin	1.000.-
Zelle in der MLS	500.-
Gesamtbetrag KB	63.500.-
Gesamtbetrag VUV	41.705.-
Gesamtbetrag MLS	4.050.-
Sonstige	2.290.-
Gesamtergebnis	111.545.-

Das aufgebrachte Geld wurde wie folgt verwendet:

Bezahlung von vor der Gründung der Firma A.Wieser GesmbH offenen Rechnungen	36.545.-
Kapitalaufstockung der Fa.Wieser GmbH	75.000.-
Summe	111.545.-

Mit diesem Ergebnis wurde das festgelegte Ziel von 90.000.- um 21.545.- oder 24% übertroffen.

H.W. 23.3.76

ACHTUNG !

Ab Montag den 29.3.76 ist wieder Karl Peter Schwarz im Impressum. Das Impressum lautet daher:

Eigentümer, ~~Kxx~~ Verleger, Herausgeber: Kommunistischer Bund Wien, f.d.Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz, alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., Halbgasse 12, 1070 Wien.

Achtet bitte bei der Herstellugg von Flugblättern usw. darauf.